

Protokoll		
25. Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses (LKJA) in seiner 2. Wahlperiode		
Datum: 25.11.24 Uhrzeit: 14-17:30 Uhr Ort: Online Raum: BBB	Anwesende: vgl. TN-Liste Tagesordnung: s.u. Anlagen: zu den TOPs	Protokoll: Frau Wüstner Frau Guthke

Nr.	Art ¹	Wer	Thema	Bemerkung/ Abstimmung
1	F (B)	Herr Mones	Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss der Tagesordnung: Nach Begrüßung durch Herrn Mones wird festgestellt, dass 18 beschlussfähige Mitgliedern zu Beginn der Sitzung anwesend sind. Damit ist der LKJA beschlussfähig. Der Tagesordnung wird zugestimmt.	
2	(B)	Herr Mones	Genehmigung des Protokolls der Sitzung des LKJA vom 24. Juni 2024 und 14. Oktober 2024 Entwurf des Protokolls der Sitzung des LKJA vom 24.06.2024 – Änderungswünsche von Frau Heyland wurden eingearbeitet. <u>Abstimmungsergebnis:</u> Abgegebene Stimmen: 19 Stimmen Zustimmung: 17 stimmberechtigte Stimmen Ablehnung: 1 stimmberechtigte Stimme Enthaltung: 0 Stimmen Entwurf des Protokolls der Sitzung des LKJA vom 24.06.2024 <u>Abstimmungsergebnis:</u> Abgegebene Stimmen: 19 Stimmen	

¹ A = Auftrag

* B = Beschluss

* E = Empfehlung

* F = Feststellung

* I = Information

			Zustimmung: 15 stimmberechtigte Stimmen Ablehnung: 0 Stimmen Enthaltung: 3 stimmberechtigte Stimmen	
3		Herr Mones	Leitlinien der AGJ zum Umgang mit der AfD und anderen rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Akteuren [Anlage] Die genannten Leitlinien der AGJ wurden an alle verschickt. Herr Mones befürwortet die klare Abgrenzung der AGJ zu rechtspopulistischen Akteuren. Der LKJA sollte sich der Erklärung der AGJ anschließen und sich thematisch damit befassen. Frau Hansen schließt sich der Meinung von Herrn Mones an und berichtet über verschiedene Beispiele von Einschüchterungsversuchen. Die Mitgliedsverbände sind schon länger im Blick der AfD, um eine Spaltung herbeizuführen. Gleiche Erfahrungen wurden bei den Wohlfahrtsverbänden gemacht, vor allem bei Migrationsthemen. Fr. Büttner gibt den Hinweis, dass es Unterstützungsmöglichkeiten durch präventive Arbeit in Zusammenarbeit mit Polizei und Verfassungsschutz gibt. Auch Frau Krumrey berichtet ebenfalls über gravierende Fälle von Mitgliedern in Jugendbeiräten, vor allem auch bei der Durchführung von Kommunalwahlen. Frau Reinhardt führt aus, dass sich das DRK bei einer Befassung mit dem AGJ-Papier enthalten müsste, da in den Werten der Bewegung und dessen Grundsätzen Neutralitätsverpflichtung gegenüber allen Parteien geboten ist. Herr Westphal gibt den Hinweis, dass der LKJA dem MBSJ empfehlen kann, dass das AGJ-Papier als amtliche Empfehlung, in Form von Leitlinien vom MBSJ herausgegeben wird. Hier müsste eine Prüfung durch das MBSJ erfolgen. Aufgrund des erheblichen Diskussionsbedarfs kann eine allgemeine Zustimmung zum genannten AGJ-Papier zusammengefasst werden.	

			Durch Herrn Mones wurde die Beschlussvorlage Nr. 156-48/24 zu diesem TOP vorbereitet und vorab an den LKJA versandt. Während der Sitzung wird diese mit drei Beschlussvorschlägen ergänzt. <u>Abstimmung zur Beschlussvorlage Nr. 156-48/24:</u> Abgegebene Stimmen: 19 Stimmen Zustimmung: 14 stimmberechtigte Stimmen Ablehnung: 0 Stimmen Enthaltung: 5 stimmberechtigte Stimmen Somit gilt die Beschlussvorlage als angenommen.	
4		Dr. Mathias Peyer, MBJS, RL 15	Auswirkungen des Geburtenrückgangs auf die Kinder und Jugendhilfe [Anlage] Vorab wird von den Mitgliedern darum gebeten, die Präsentation zu übersenden. Herr Dr. Peyer präsentiert grafisch die Entwicklungen der Geburtenziffern von 1950 bis 2023. Er stellt dar, dass in den letzten drei Jahren bundesweit ein merklicher Rückgang der Geburten zu erkennen ist. Statistisch angenommene Ursachen könnten Corona, Klimaentwicklungen, Inflation, Zuwanderung und die weltpolitische Lage sein. Die letzten statistischen Angaben wurden vom Amt für Statistik 2020 übermittelt. Jedoch geht seine grafische Darstellung aufgrund der Basis der Bevölkerungsstatistik 2022 – 2024 wieder von steigenden Geburten aus. <u>Aus der Diskussion:</u> Ein Geburtenrückgang kann dramatische Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Erste Auswirkungen wird es auf die Kindertagesbetreuung haben. Um Kita- und Schulschließungen im Brandenburg – insbesondere außerhalb des Speckgürtels - zu verhindern, braucht es eine gute Infrastruktur bei Angeboten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in Brdbg. Von den Stichtagsregelungen und quartalsweisen Einstellungen von Kita-Erzieher/innen sollte in der nächsten Legislaturperiode abgewichen werden und auf eine bessere Qualität geachtet werden. Kitaschließungen sollten vermieden werden, Verbesserungen der Personalschlüssel sind notwendig.	An4 PPP

			H. Westphal empfiehlt dem LKJA eine intensive Befassung und eine Strategieentwicklung des LKJA zur Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege. Die Unterstützung des MJBs wird zugesagt. H. Mones bittet den UA Kita um eine intensive Beobachtung und Befassung. Dr. Einig teilt mit, dass der UA sich bereits intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Er sieht eine besondere Betroffenheit im ländlichen Raum, da bereits Kitas geschlossen werden. Die geplanten Zuschüsse sollten jedoch im System bleiben, um es Trägern zu ermöglichen, auch wieder eine Kitainfrastruktur bei Bedarf aufzubauen. Frau Uhlworm bittet um eine intensivere Zusammenarbeit zwischen MJBs und MSGIV, um die Angebote für Familien zu bündeln.	
5		Herr Feuer-schütz	Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung und Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendhilfe; BV 153-48/24 https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.697007.de Herr Feuerschütz informiert, dass der UA JJJ zum genannten Thema eine Beschlussvorlage (153-48/24) erarbeitet hat. Die Landesregierung hatte in der laufenden Legislatur eine Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg verabschiedet. Mit diesem Thema sollte sich der gesamte LKJA in der neuen Legislaturperiode länger beschäftigen. Herr Feuerschütz wird dazu zu gegebener Zeit noch einmal darauf hinweisen. Hierzu ist eine Fachveranstaltung des MJBs unter der Federführung des UA JJJ geplant. Frau Büttner regt an, dass Kinder u. Jugendliche direkt mit einbezogen werden sollten. Herr Mones bittet, dass sich neben dem UA JJJ auch die anderen Unterausschüsse mit der Thematik befassen sollen. Herr Decker weist darauf hin, dass einige Institutionen bereits eigene Nachhaltigkeitsstrategien mit eigenen Regeln entwickelt haben; diese bestehenden Strukturen sollen bei der Erarbeitung einer gemeinsamen Lösung mit in die Überlegungen einfließen.	

			<u>Abstimmung zur Beschlussvorlage 153-48/24:</u> Abgegebene Stimmen: 18 Stimmen Zustimmung: 17 stimmberechtigte Stimmen Ablehnung: 0 Stimmen Enthaltung: 1 stimmberechtigte Stimmen Somit gilt die Beschlussvorlage als angenommen.	
6		Herr Friedel	Austausch zur Förderrichtlinie Schulsozialarbeit zum Startchancen Programm [Anlagen] Herr Friedel teilt mit, dass die dem LKJA im September übersandte Richtlinie zum 01.01.2025 Gültigkeit haben muss, um die Anschlussfinanzierung zu sichern. Die Landesfinanzierung erhöht sich um 2,8 Millionen Euro. Dies ist ein erheblicher Schub für die Schulsozialarbeit. Das Niveau kann bis zum Juli 2025 daher angehoben werden. Wenn kommunaler Anteil eingebracht wird, könnten weitere Schulstandorte dazu kommen. Dem MBJS ist nicht bekannt, welche Vereinbarungen es zwischen den Landkreisen und den kreisangehörigen Gemeinden zu Schulsozialarbeiterstellen gibt. H. Feuerschütz für den UA JJJ ist mit der Förderungsart der Festbetragsfinanzierung mit Blick auf die Inflationsrate nicht einverstanden. Um den Richtlinienstart zum 01.01.2025 nicht zu stoppen, wurde der RL zugestimmt. Für eine weitere Richtlinienförderung sollte die Förderungsart geändert werden.	
7		Herr Decker	Bedarfsgerechte Angebote für junge Menschen mit komplexem Hilfebedarf – Rahmenbedingungen und Unterstützung der Angebotsentwicklung; BV 154-48/24 Herr Decker informiert, dass es schwer ist Hilfeangebote für junge Menschen zu finden. Es sollen Qualitätsstandards und Empfehlungen entwickelt werden, um die Rechte von Kindern und Jugendlichen im Blick zu haben und Angebote vorhalten zu können. Die entsprechenden Impulse sollten unbedingt aus der Kinder- und Jugendhilfe kommen und nicht aus anderen Arbeitsfeldern eingebracht werden. Hierzu wurde eine Beschlussvorlage 154-48/24 vom UA HzE vorbereitet.	

			Abstimmung zur Beschlussvorlage 154-48/24: Abgegebene Stimmen: 18 Stimmen Zustimmung: 16 stimmberechtigte Stimmen Ablehnung: 0 Stimmen Enthaltung: 2 stimmberechtigte Stimmen Somit gilt die Beschlussvorlage als angenommen.	
8		Dr. Mark Einig	Auswirkungen der unklaren Perspektiven des dritten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung (KiQuTG) Herr Dr. Einig hat aufgrund des Scheiterns der Bundesregierung und der offenen Haushaltsverhandlungen auf der Bundesebene Sorge, welche Auswirkungen das auf das Land Brandenburg hat. Insbesondere sind folgende Programme betroffen: • Zeit für Anleitung • Sprach-Kitas • Verlängerte Betreuungszeiten Konkret stellt er die Frage, welche Überlegungen der überörtliche Träger der Jugendhilfe und die oberste Landesjugendbehörde angestellt haben, um den sich abzeichnenden Ausfall der Bundesmittel zu kompensieren Herr Westphal teilt mit, dass das KiQuTG in Kraft getreten ist. Da der Bundeshaushalt jedoch noch nicht beschlossen ist, haben wir eine unklare Finanzierungssituation. Es soll eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund geben, für welche Zwecke die Mittel eingesetzt werden sollen. Dies wird mit unserer neuen Hausleitung schnellstmöglich besprochen. Die Mittel wurden nicht erhöht und sind bereits jetzt für bestimmte Maßnahmen festgelegt. Eine Verschiebung von Handlungsfeldern wäre ungünstig, da dies zu Lasten anderer bereits festgelegter Maßnahmen. Die Prioritäten der Koalitionsverhandlungen sind noch nicht bekannt. Frau Hildebrandt bittet darum, dass die Ausschüsse mit einbezogen werden.	

		Frau Radig teilt mit, dass die bisherige Beitragsbefreiung aus dem BB-Paket sehr befürwortet wird. Ist das für 2025 ausgeschlossen? Wie wird dies weiter finanziert? Herr Westphal informiert, dass die vorgesehenen Mittel aus dem KiQuTG vorrangig für die Qualitätsentwicklung geplant sind. Frau Dr. Irmeler informiert, dass die Förderung der Sprach-Kitas bisher aus Bundesmitteln finanziert wurde. Wie die Finanzierung weitergeht ist noch unklar. Die RL läuft zum 31.12.2024 aus und dann muss abgewartet werden, wie sich der Bundeshaushalt aufstellt. Herr Westphal berichtet, dass die Elternbeitragsentlastung wahrscheinlich weiter finanziert werden kann und das Gesetz am 03.12.2024 eine erste Lesung im Landtag und vermutlich am 11.12.2024 verabschiedet wird. Es wird ein Erläuterungsschreiben für alle Kitas zum weiteren Verfahren geben. Herr Decker berichtet, dass der UA HzE die Empfehlung des Dt. Vereins zur Vollzeitpflege durch den UA auf Bitten des MBSJ geprüft hat. Der UA HzE spricht sich für eine Empfehlung des MBSJ auf der Grundlage des Dt. Vereins aus. https://www.deutscher-verein.de/fileadmin/user_upload/dv/pdfs/Empfehlungen Stellungnahmen/2023/dv-9-22_vollzeitpflegesetze.pdf Abstimmung zur Beschlussvorlage 155-48/24: Abgegebene Stimmen: 17 Stimmen Zustimmung: 16 stimmberechtigte Stimmen Ablehnung: 1 Stimmen Enthaltung: 0 stimmberechtigte Stimmen Somit gilt die Beschlussvorlage als angenommen.	
9	I	Bericht der Unterausschüsse: (1) Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz Der UA hat sich mit den Themen der Nachhaltigkeitsstrategie und Schulsozialarbeit befasst.	

			(2) Kindertagesbetreuung Im Berichtszeitraum fand eine Sondersitzung. Die nächste Sitzung ist am Freitag den 29.11.2024. (3) Hilfen zur Erziehung Die letzte Sitzung fand am 07.11.2024 statt. Der UA hat sich mit dem Ombudswesen und den Empfehlungen des Dt. Vereins beschäftigt und dazu eine Beschlussvorlage erarbeitet. Weiterhin hat er sich mit der Entwicklung in der ambulanten Erziehung und den Finanzierungsproblemen bei der Sachkostenübernahme und den Fahrtkosten beschäftigt. (4) Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung Der UA hatte nicht getagt.	
10	I	Herr Westphal	Bericht der obersten Landesjugendbehörde Herr Westphal bittet den LKJA, dem MBS mitzuteilen, welche Themen im Kinder- und Jugendbericht aufgenommen werden sollen. Vorschläge für Benennungen für den neuen LKJA sollen dem MBS bereits vorgelegt werden. Ein formales Benennungsschreiben kann erst nach offizieller Regierungsbildung versendet werden. Benennungsschreiben müssen 6 Wochen nach Gründung der Landesregierung versandt werden. Die Benennungen sollten paritätisch erfolgen. Der Vorschlag und die Benennung müssen durch die/den für Jugend zuständige/n Minister/in erfolgen, es gibt eine Prüfpflicht. Unklar, ob der Gesetzentwurf zum IKJHG noch von der Bundesregierung beschlossen wird. Er informiert auch darüber, dass Rechts-VO Betriebserlaubnisse Kita und HzE erlassen werden soll. Diese kann jedoch erst nach Klärung der neuen Hausleitung des MBS auf den Weg gebracht werden. Herr Westphal teilt mit, dass die Landesregierung momentan eine vorläufige HH-Führung hat.	

			Er informiert auch über die Eröffnung der 1. Clearingstelle in Schwedt, am 22.11.2024, unter Trägerschaft des EJF. Es handelt sich um eine Vor-Clearingstelle zur vorläufigen Inobhutnahme nach § 42 a SGB III, die als zentrale Einrichtung die Landkreise und kreisfreien Städte unterstützen soll. Diese Umsetzung geht auf eine Forderung der Landkreise und kreisfreien Städte an die Landesregierung zurück Der Aufenthalt von bis zu 10 unbegleiteten minderjährigen Ausländern in der Vorclearing-Einrichtung soll eine Dauer von 7 Werktagen nicht überschreiten. Im Anschluss ist die Verbringung und Übergabe der umA durch den Träger an den Dienstsitz des örtlich (neu) zuständigen Jugendamtes oder zu einer anderen, von diesem Jugendamt genannten Unterkunft vorgesehen, sofern diese nicht von dem Jugendamt oder einer geeigneten Person aus der neuen Unterbringung abgeholt werden. Die Clearing-Stelle soll ein Erfolgsmodell werden. Es sollen weitere Träger im Süden und Westen gesucht werden, aktuell wird von einem Bedarf von 30-40 Plätzen vorgenommen. Das umA-Register ist im Betrieb, erste Daten wurden durch das MBS bereits erfasst. Weiterhin wurde das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) mit neuen Regelungen vorgelegt, die sich auf das SGB VIII auswirken. Das Gesetz muss zu gegebener Zeit möglicherweise geändert werden. GEAS legt entsprechende Höchstgrenzen für Fachkräfte fest. Auch die VV-umA wird alsbald amtlich veröffentlicht werden. Frau Otto berichtet über den Sachstand zum Bewerbungsverfahren Ombudsstellen. Es gab eine Fristverlängerung für die Antragstellung bis zum 27.11.2024. In einer AG wurden die Anforderungspunkte für die Konzeptionen erarbeitet. In einem weiteren Termin Anfang Dezember wird zur Antragslage die Auswertung besprochen.	
--	--	--	--	--

11	I	Herr Mones	Verschiedenes Vorschläge für die Sitzungstermine 2025: 24. Februar 2025 28. April 2025 30. Juni 2025 22. September 2025 17. November 2025 Frau Uhlworm informiert über eine Empfehlung des Dt. Vereins für den Geschäftsbereich des MSGIV zu Familie. In dieser wird Potsdam-Mittelmark erwähnt. Hier sollte das MBSJ mit dem MSGIV zusammenarbeiten. Der 25.11.2024 ist der „Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen“. Dieses Thema sollte auch ein Thema des LKJA sein. Sie informiert auch darüber, dass es eine Lücke zum Ende der Hortbetreuung – Schule gibt, hier ist eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf schwierig. Herr Dr. Einig teilte mit, dass dies bereits Thema im UA Kita ist. Gegen 17.30 Uhr verabschiedet Herr Mones die Mitglieder und Gäste des LKJA und schließt die Sitzung.	
----	---	------------	---	--